

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 17. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 18. Januar 2006
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, 2. Vize-Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Iris Zihlmann-Glanzmann
Christoph Morat
Andreas Bammatter
Nicole Nüssli Kaiser

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 16.11.2005 betreffend
Nachrücken von Rolf Glatz für die zurückgetretene Karin Käser, SP Geschäft 3639
2. Bericht des Gemeinderates vom 30.11.2005 betreffend
Nachrücken von Benedikt Gnos
für die zurückgetretene Ursula Steiner, SP Geschäft 3640
3. Bericht des Gemeinderates vom 16.11.2005 betreffend
Wahl eines Ersatzmitglieds für die Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission für den zurückgetretenen Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3641

4. Bericht des Gemeinderates vom 23.11.05 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros anstelle der zurückgetretenen Isabelle Equey Geschäft 3642

5. Bericht des Gemeinderates vom 23.11.2005 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros anstelle des zurückgetretenen Lukas Kissling Geschäft 3643

6. Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2005 betreffend Revision Siedlungsplanung, Ziele und räumliches Konzept, Teil Siedlung Geschäft 3516

7. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2005 betreffend Waldbaulinienpläne „Mooshag“ und „Himmelrichweg“ Geschäft 3638

8. Berichte des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 28.12.2005 betreffend Teilrevision „Steuerreglement“ 1. Lesung Geschäft 3441 A/B

9. Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2005 betreffend Abrechnung über einen Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 250'000.-- für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs über das Areal "Wegmatten II" (Dienstleistungen und Wohnen) Geschäft 3345 B

10. Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2005 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 838'000.-- für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses Neuallschwil an der Baslerstrasse 255 Geschäft 3376 B

11. Postulat von Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005 betreffend Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe (1. – 5. Klasse) Geschäft 3635

12. Dringliche Interpellation von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, vom 18.01.2006 betreffend Waldkindergarten Geschäft 3648

13. Interpellation von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2005 betreffend Schulhaus Bettenacker Geschäft 3644

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 18.01.2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil

Iris Zihlmann-Glanzmann

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Susanne Studer, 2. Vize-Präsidentin begrüsst die Anwesenden und erläutert kurz, dass sie sehr überraschend zu dem heutigen Einsatz gekommen sei. Erst heute gegen 11.00 Uhr habe sie erfahren, dass neben dem 1. Vizepräsidenten nun auch die Präsidentin selbst verhindert sei.

Traktandenliste

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, zieht ihre Interpellation betreffend Erdgasröhrenspeicher (Geschäft 3599) zurück, mit der Begründung, dass der Gemeinderat nun voll hinter dem Projekt stehe.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, beantragt namens seiner Fraktion, dass das Geschäft 3641, Wahl eines Ersatzmitgliedes der SP/EVP-Fraktion für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, auf die Traktandenliste gesetzt wird. Das Geschäft sei im Dezember ausgesetzt worden. Nun würden aber neue Beratungen in der Finanz- und Rechnungskommission anstehen, und der Einsatz eines Ersatzmitgliedes werde nun notwendig.

Susanne Studer, 2. Vizepräsidentin, weist darauf hin, dass § 59 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates eigentlich nur ein Absetzen von Traktanden bei der Bereinigung der Traktandenliste vorsehe. In Anwendung von § 90 Abs. 2 des Geschäftsreglements kann der Einwohnerrat aber andere Verfahren vorsehen. Aus diesem Grund wird über die Aufnahme des Geschäfts 3641 abgestimmt.

://: Mit 29:3 Stimmen wird das Geschäft 3641 in die Traktandenliste aufgenommen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation von **Robert Richner**, FDP-Fraktion, betreffend Sportanlage „Im Brühl“ (Geschäft 3647)

Dringliche Interpellation von **Mario Bernasconi**, SD-Fraktion, betreffend Waldkindergarten (Geschäft 3648)

Claudia Hofmann (als Wahlanzeiger)
Peter Greiner, SP-Präsidium
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis

154 01.040 Gemeinderat
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**6. Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2005 betreffend
Revision Siedlungsplanung, Ziele und räumliches Konzept,
Teil Siedlung Geschäft 3516**

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erläutert den Bericht des Gemeinderates. Er führt aus, dass Allschwil als Wohn- und Geschäftsstandort über zahlreiche Vorteile verfüge. Mit dem Konzept zur Siedlungsplanung mache der Gemeinderat einen gewichtigen Schritt hin zur Optimierung und Realisierung dieser Vorteile. Der Revision der Zonenvorschriften wolle man ein räumliches Konzept voranstellen. Das Konzept stelle dar, in welche Richtung sich Allschwil in den nächsten ca. 15 Jahren entwickeln solle. Im Konzept gehe es also darum, dass man die Eckpfeiler für die Planung der nächsten 15 Jahre diskutiere. Das Konzept stelle dann eine Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die weitere Zonenplanung dar. Erst mit der Zonenplanung werden die Ideen in eine rechtsverbindliche Form gebracht. Das Konzept sei aber eine klare Absichtserklärung des Gemeinderates. Roman Meury hofft, dass mit der heutigen Diskussion diese Absichtserklärung auch vom Einwohnerrat mitgetragen werde. Das Konzept sei breit abgestützt worden. Man habe es sowohl der Bevölkerung als auch dem Einwohnerrat vorgelegt. Ausserdem habe man verschiedene Interessengruppen (Naturschutz, KMU, Hauseigentümergebiet, etc.) zur Vernehmlassung eingeladen. Gemäss §14 des Raumplanungsgesetzes sei den Gemeinden freigestellt, ob sie einen Richtplan erstellen. Die Konzeptlösung habe allerdings gegenüber dem Richtplan ganz bedeutende Vorteile. Mit dem Konzept seien die raumplanerischen Massnahmen noch nicht definitiv festgelegt. Verantwortlichkeiten und Prioritäten seien ebenfalls noch nicht definitiv festgeschrieben. Das Konzept lasse also sowohl dem Einwohnerrat als auch der Bevölkerung einen wesentlich grösseren Gestaltungsspielraum. Mit dem Konzept sei man auch nach der Beratung im Einwohnerrat in der Lage auf neue Entwicklungen zu reagieren. Reinach hingegen habe einen Richtplan entworfen. Dies habe die Gemeinde immerhin CHF 700'000.— gekostet. Bis jetzt seien in Allschwil dank der wesentlichen Mitarbeit der Verwaltung nur Kosten in Höhe von CHF 70'000.— aufgelaufen. Andere Gemeinden wie Aesch und Liestal seien ebenfalls vor der Entscheidung gestanden, ob sie einen Richtplan oder ein Konzept entwerfen wollen. Liestal habe zuerst einen Richtplan erstellt, diesen dann aber in ein Konzept umgewandelt. Aesch habe sich aus Kostengründen für ein Konzept entschieden. Es sei aber zu erwähnen, dass der Zeitbedarf bis zur Umsetzung auf der reglementarischen Ebene ca. 9 bis 10 Monate länger dauere als bei einem Richtplan. Dies sei durch verschiedene Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren bedingt.

Inhaltlich sei wesentlich: Der Dorfkern und der Lindenplatz seien die historisch gewachsenen Zentren Allschwils. Es sei ganz klar die Absicht, diese zwei Zentren zu erhalten. Quartierplanungen mit hoher Wohnkultur und mit guten demographischen Strukturen sollen gefördert werden. In letzter Zeit habe man bereits mehrere dieser Quartierplanungen verabschiedet. Ausserdem wolle man die Vorschriften liberalisieren und damit eine Nutzungssteigerung ermöglichen. Es gehe hier um das Prinzip der inneren Verdichtung der Wohnzonen. Weiter gehe es darum, qualitativ gute Bauensembles zu erhalten. Weiter wolle man das Baugebiet minim erweitern (durch die Anbindung der Exklaven an das Gemeindegebiet). Diese Erweiterung betrage gerade einmal 0,87 %. Es solle künftig Gebiete geben, welche klar als Entwicklungsgebiete bezeichnet werden. Es werde klar festgelegt, dass sie erst dann zur Erweiterung des Siedlungsgebietes zur Diskussion stehen, wenn das bisherige Gebiet ausgeschöpft sei. Sie seien auch nicht als Bauerwartungsland zu verstehen. Ausserdem sollen so genannte „weisse Zonen“ geschaffen werden. Diese Zonen würden noch keiner definierten Nutzungsart zugewiesen. Arbeiten und Wohnen sollen so weit als möglich

entflochten werden. Gewerbeinseln in Wohngebieten sollen mittelfristig und so weit als möglich aufgehoben werden. Industriezonen würden umgewandelt in Gewerbebezonen, nämlich dort, wo bereits jetzt schon Gewerbe betrieben wird. Grünzonen im Siedlungsgebiet würden klar bezeichnet (Läuberer, Bachgrabengebiet). Weiter werden im Konzept auch Aussagen zum Verkehr gemacht. Beispielsweise werde die Linie 33 angesprochen, diese Idee ist mittlerweile bereits realisiert worden. Die Linie 8 durch die Binneringerstrasse sei nicht erwähnt. Damit habe man der Idee der Verlängerung der Linie 8 durch die Binneringerstrasse eine Absage erteilt. Die künftigen neuen Wohngebiete (z. B. Ziegelei) sollen durch den öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Über den Individualverkehr habe man auch Aussagen getroffen. Er soll sich zur Hauptsache auf den Sammelstrassen, den Hauptachsen, bewegen. Selbstverständlich werde in diesem Zusammenhang auch erwähnt, dass die Einführung von Tempo 30-Zonen einer Prüfung unterzogen wird. Es wird weiter festgehalten, dass die Anbindung an die Nordtangente gesucht und die Südumfahrung angestrebt werden soll.

EINTRETENSDEBATTE

Felix Keller, CVP-Fraktion, nimmt namens seiner Fraktion Stellung: Bereits im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens habe sich seine Fraktion schon intensiv mit dem Konzept auseinandergesetzt. Man nehme gerne zur Kenntnis, dass einzelne Anregungen der CVP-Fraktion in den überarbeiteten Bericht eingeflossen sind, insbesondere auch der Teil „Verkehr“. Er sei ein wichtiger Teil der Siedlungspolitik von Allschwil. Die CVP-Fraktion anerkenne die grosse Arbeit und stehe auch generell positiv dem Konzept gegenüber. Das Konzept solle ja der Revision der Zonenplanung „Siedlung“ vorangestellt werden. Mit dem Konzept übergebe der Gemeinderat dem Einwohnerrat ein raumplanerisches und siedlungsrelevantes Planungsinstrument. Das Konzept solle für die nächsten 15 bis 20 Jahre richtungsweisend sein. Es soll zudem auch in rechtsverbindliche Bestimmungen überführt werden. Innerhalb von einer Einwohnerratssitzung solle der Einwohnerrat also mit einer blossen Kenntnisnahme über die weitere Entwicklung Allschwils entscheiden. Bisher habe man nur „Leichen“, wie Geschäftsbericht und Abrechnungen etc. zur Kenntnis genommen. Der vorliegende Bericht habe aber doch etwas mehr „Fleisch am Knochen“. Der Bericht müsse daher doch intensiver diskutiert werden. Vor allem seien neue Aspekte nach dem Mitwirkungsverfahren eingeflossen, welche noch nicht Gegenstand der Vernehmlassungen gewesen seien. Die CVP-Fraktion sei daher der Ansicht, dass die vorberatenden Kommissionen den Bericht nochmals eingehend studieren und diskutieren sollten und auch einen Bericht dazu dem Einwohnerrat abgeben sollten. Die CVP-Fraktion stellt daher den Antrag, dass das Konzept der Umwelt- und der Verkehrs- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen wird.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus: Das Siedlungskonzept gebe die Möglichkeit, gewisse Vorhaben des Gemeinderates in Frage zu stellen. Im Gegensatz dazu müsse man den Richtplan, sofern er vom Volk angenommen wird, ohne Wenn und Aber nachvollziehen. Die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen werde seine Partei natürlich mit allen politischen Mitteln bekämpfen. Immerhin sei die Tempo-30-Idee schon zweimal verworfen worden. Er verlange eine gewisse Einsicht von den Planern und den linken Parteien, dass Tempo-30 nicht gewollt sei. Mit dem Ziel der Erhöhung der Wohnqualität von bestehenden Bauten könne er sich einverstanden erklären. Der Liberalisierung der Nutzungssteigerung stehe er kritisch gegenüber. Er ist der Ansicht, dass man Allschwil nicht so schnell als möglich „verbetonisieren“ solle. Man solle zuerst schauen, wie sich Allschwil im Hinblick auf die grosse Zahl der in jüngster Zeit erstellten Neubauten entwickle. Er möchte verhindern, dass man dem Spekulantentum Vorschub leiste, indem man neue Bauzonen ausscheide. Da Konzept nehme man ansonsten zur Kenntnis und man danke für die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderates.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, hält fest, dass die SP/EVP-Fraktion das Konzept zur Kenntnis nehme. Es sei klar, dass das Konzept eine Art Leitbild sei. Der Vorteil sei, dass man beim Konzept immer noch korrigierend eingreifen könne. Natürlich habe es immer noch offene Fragen. So sei zum Beispiel nicht klar, was die Stabilisierung der Einwohnerzahl bedeuten solle. Wolle man dies überhaupt? Wolle man eine Steigerung oder Senkung der

Bevölkerungszahl? Dies müsse man noch genauer definieren. Es sei von drei Zentren Allschwils die Rede. Er frage sich, ob es wirklich drei Zentren in Allschwil brauche. Wichtig sei die Förderung von energiesparendem Bauen und die Beruhigung des Dorfkerns. Hier seien aber die Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung sehr gering. Grundsätzlich halte man das Konzept aber für gelungen. Bei konkreten Planungsfragen müsse man aber einzelne Fragen noch genauer prüfen. Eine Rückweisung an eine vorberatende Kommission hält er bei einem Bericht zur Kenntnisnahme für etwas übertrieben. Weiter geht er auf den Vorredner ein. Das Thema Tempo-30 sei mittlerweile parteiübergreifend und werde nicht mehr nur von linker Seite lanciert.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, vertritt seine Mindermeinung gegenüber seiner Fraktion. Er sei für die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen. Heute seien die Strassenverhältnisse besonders gefährlich. Der Verkehr werde immer schneller. Die Autofahrer fahren rücksichtsloser, da die Autos immer sicherer werden. Man meine, man könne mit 50 oder 60 km/h durchs Dorf rasen. Dies sei einfach zu schnell. Allschwil sei ein Dorf mit viel Passantenverkehr. Die meisten Autos fahren ohnehin schneller als erlaubt. Er ist der Ansicht, dass man Tempo-30 schnellstens einführen solle. Zunächst könne man dies ja ohne bauliche Massnahmen versuchen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion EINTRETEN auf das Geschäft. Es sei vor allem zu berücksichtigen, dass das Konzept nicht rechtsverbindlich ist. Die konkreten Planungsvorhaben würden ohnehin nochmals durch die Kommissionen und den Einwohnerrat beraten. Die Anregungen seiner Partei im Rahmen der Vernehmlassungen und Mitwirkungsverfahren seien leider weitestgehend unberücksichtigt geblieben. Man habe sich gefragt, ob gewisse Ansatzpunkte des Konzepts wirklich umzusetzen seien (Bsp. die drei Zentren). Die FDP-Fraktion nehme das Konzept aber so zur Kenntnis. Seine Fraktion würde sich aber auch nicht gegen eine Überweisung an eine oder mehrere Kommissionen wehren.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, bezieht Stellung für seine Fraktion. Diese sei eindeutig für eine Kenntnisnahme. Auch sie seien der Meinung, dass man erst im Rahmen der konkreten Planungsphase einzelner Projekte eingehende Diskussionen führen werde. Es bringe nichts, wenn man das Konzept nun in der Diskussion zerresse.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, möchte zu den aufgeworfenen Detailfragen keine Stellung beziehen. Es gehe hier vor allem um das Konzeptionelle, die Planung in den groben Zügen. Allein zur Beantwortung der Frage, in welche Richtung sich Allschwil in Bezug auf die Baulandressourcen überhaupt noch entwickeln könne, brauche man kein Konzept. Man gehe davon aus, dass die Einwohnerzahl mehrheitlich stabil, d.h. um die 18'500 Einwohner bleiben wird. Die Überweisung an eine Kommission oder auch an mehrere Kommissionen hält er prinzipiell für gut. Es wäre allerdings am Büro des Einwohnerrates gelegen, dieses Geschäft zur Vorberatung an die Kommissionen zu überweisen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine Rückweisung an eine Kommission aber zu spät. Die Voten seien schon gefallen, die grundsätzliche Meinung im Einwohnerrat relativ klar.

Antrag der CVP-Fraktion:

Die CVP-Fraktion stellt den Antrag, dass dieses Konzept der Umweltkommission und der Verkehrs- und Planungskommission zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen wird.

://:

Der Antrag der CVP-Fraktion wird mit **19:15 Stimmen abgelehnt**.

DISKUSSION

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, bedauert, dass der Naturschutz zu wenig Eingang in das Konzept gefunden habe. Hier sei das Konzept zu wenig mutig gewesen, auch wenn die Vorschläge seitens des Naturschutzes zum Teil umgesetzt worden seien. Das Konzept sei eine

klare Absichtserklärung des Gemeinderates. So sehe er offenbar das Gebiet des Schiessplatzes „Allschwiler Weiher“ als Arrondierungsgebiet für besondere Nutzung an. Leider ist der Gemeinderat hier nicht mutig genug gewesen, wenigstens einen Teil als Freihaltefläche auszuweisen. Man hätte grundsätzlich das Gebiet auch als Grünfläche ausweisen können. Hier habe es der Gemeinderat verpasst, ein Zeichen für den Naturschutz zu setzen. Weiter seien die Arrondierungen zwar nur auf einen kleinen Teil Allschwils beschränkt, aber er fragt sich, wann die Ausscheidung neuen Baulandes mal ein Ende haben wird. Man könne immer wieder neue Ecken finden und arrondieren.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erläutert dazu, dass das eidgenössische Raumplanungsrecht ganz klar vorschreibe, dass Exklaven nach Möglichkeit mit den übrigen Siedlungsgebieten verknüpft werden sollen. Dies mache man im Konzept. Zum Schiessplatz „Allschwiler Weiher“ führt er aus, dass man sehr wohl auf den Naturschutz Rücksicht genommen habe. Es seien explizit Flächen ausgewiesen worden, welche als Frei- und Grünflächen vorgesehen sind und dem Naturschutz dienen sollen. Im Übrigen habe man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage über die weitere Nutzung des Schiessplatzgeländes machen wollen, da zur Zeit der Schiessplatz immer noch in Betrieb sei. Jede Aussage über dieses Gelände sei im Moment noch problematisch.

://:

1. Die Siedlungsplanung (Ziele und räumliches Konzept Teil Siedlung) bestehend aus dem Erläuterungsbericht vom 08. September 2005 und dem Siedlungsplan 1:10'000 sowie dem Mitwirkungsbericht wird **einstimmig zur Kenntnis genommen**.

155 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**7. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2005 betreffend
Waldbaulinienpläne „Mooshag“ und „Himmelrichweg“ Geschäft 3638**

Seitens des Gemeinderates erfolgt keine Stellungnahme.

Es wird wie folgt beschlossen:

1. Dem Waldbaulinienplan "Himmelrichweg" mit einer Waldbaulinie im Abstand von 10 m zum Waldrand respektive 2 m von der Baugebietsgrenze wird **einstimmig zugestimmt**.
2. Dem Waldbaulinienplan "Mooshag" mit einer Waldbaulinie im Abstand von 12 m zum Waldrand wird **einstimmig zugestimmt**.
3. Dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft wird die Genehmigung der Waldbaulinienpläne "Himmelrichweg" und "Mooshag" beantragt.

156 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente
07.002 Kommunale Vorschriften
07.100 Steuerwesen

**8. Berichte des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der Kommission
für Gemeindeordnung und -reglemente vom 28.12.2005 betreffend
Teilrevision „Steuerreglement“ 1. Lesung Geschäft 3441 A/B**

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, stellt den Antrag auf nur eine Lesung des Reglements. Er begründet seinen Antrag damit, dass die Revision nur einen Artikel betreffe und inhaltlich nur

einen Nachvollzug des kantonalen Rechts bedeute. Der Einwohnerrat könne diese marginale Änderung, obwohl sie auf einem Vorstoss von ihm beruhe, durchaus in nur einer Lesung behandeln.

://: Der Antrag von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, auf Behandlung der Teilrevision des Steuerreglements in einer Lesung wird mit **grossem Mehr gutgeheissen**.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG:

Keine Wortbegehren

Es wird wie folgt beschlossen:

://:

1. Der Teilrevision des Steuerreglements der Gemeinde Allschwil vom 12. Juni 2002 wird **einstimmig zugestimmt**.
2. Die Teilrevision tritt nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft per 1.1.2006 in Kraft, **wird ohne Gegenstimme zugestimmt**.
3. Die Motion 3441 von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 11.06.2003 wird **einstimmig als erfüllt abgeschlossen**.

157 11.140 Gemeindeprojekte

**9. Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2005 betreffend
Abrechnung über einen Verpflichtungskredit
in Höhe von CHF 250'000.-- für die Durchführung
eines Architekturwettbewerbs über
das Areal "Wegmatten II" (Dienstleistungen und Wohnen)**

Geschäft 3345 B

Keine Wortbegehren

://:

Die Abrechnung des Verpflichtungskredites für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs über das Areal "Wegmatten II" in der Höhe von CHF 231'111.95 wird **einstimmig zur Kenntnis genommen**.

158 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**10. Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2005 betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 838'000.--
für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses
Neuallschwil
an der Baslerstrasse 255**

Geschäft 3376 B

Keine Wortbegehren des Gemeinderates.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat dafür, dass man nun gleich zweimal Verpflichtungskredite unterschritten habe. Dies sei besonders zu erwähnen, nachdem man in der Vergangenheit Kreditüberschreitungen habe zur Kenntnis nehmen müssen.

rechnen. Die höheren Einkommen würden verhindern, dass Sozialhilfe und andere Unterstützungsbeiträge gefordert würden. Das volkswirtschaftliche Wachstum werde durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität gesteigert. Man wisse, dass jeder investierte Franken in eine Kindertagesstätte in drei- bis vierfacher Höhe an die Gemeinde zurückfalle. Allschwil sei mit der Projektierung des Tageskindergartens bereits weit fortgeschritten. Die Tagesschule auf Primarstufe sei das ergänzende Puzzle-Stück bei der familienergänzenden Betreuung.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, nimmt namens des Gemeinderates Stellung. Auf die Frage nach einer Kindertageschule gebe der Gemeinderat in seiner strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005 bis 2010 eine Antwort: Zumindest die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung der Bevölkerung werde dort ins Auge gefasst. Das sei verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber Berufstätigen, welche ihren Beruf auch tatsächlich ausüben möchten und gegenüber Familien die auf Doppelverdienste angewiesen sind und adäquate Lösungen für die Betreuung ihrer Kinder suchen und diese Dienstleistungen auch zahlen würden. Verantwortungsbewusstes Verhalten gegenüber der Wirtschaft, welche in den nächsten 10 Jahren auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen sein wird. Letztlich zeige der Gemeinderat auch Verantwortung für die Kinder, welche eine ganzheitliche und individuelle Förderung in ihrer Bildung und Entwicklung erfahren dürfen. Heinz Giger dankt der Postulantin, dass sie ihr Postulat auf den Antrag „prüfen“ reduziert hat. Inhalt dieses Postulates sollte die Prüfung hinsichtlich Ort, mögliche Klientel und mögliche Kosten für die Tagesschule sein. Man prüfe hier ausgehend von den Tagesschulen, welche sich bereits in der Umgebung und Nachbargemeinden befinden. Der Gemeinderat erklärt sich bereit, das Postulat entgegenzunehmen und die notwendigen Abklärungen zu treffen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, zitiert die Amtsvorgängerin von Heinz Giger, Bea Fuchs: 'Die Wirtschaft braucht Frauen'. Wenn die Wirtschaft Frauen brauche, dann solle die Wirtschaft auch für die Tagesschulen besorgt sein. Er vermisse in den Aussagen von Gemeinderat Giger eine stichhaltige Begründung, warum der Gemeinderat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Vor allem interessieren ihn hier die Folgekosten für die Gemeinde. Kann eine Tagesschule kostenneutral geführt werden oder entstehen wieder Mehrkosten für die öffentliche Hand. Er sei eigentlich entsetzt über das Votum der Postulantin. Als Eltern könne man doch nicht einfach die Kinder abgeben, damit beide arbeiten können. Warum setze man dann überhaupt noch Kinder in die Welt? Er fragt, wo hier die Eigenverantwortung der Eltern bleibe. Er hält diese Entwicklung für sehr bedenklich. Letztlich schiebe man die Kinder ab. Aus dieser Position heraus sei die SD-Fraktion gegen die Überweisung des Postulates. Dies auch dann, wenn es bei dem Postulat nur um eine Prüfung der Möglichkeiten gehe. Er halte die Begründung des Gemeinderates Giger für unzureichend. Bruno Steiger befürchtet, dass der Staat so ganz heruntergewirtschaftet werde. Es seien keine echten gesellschaftlichen Bedürfnisse, es sei vielmehr das Bedürfnis „gewisser Kreise“ alles auf den Staat abzuwälzen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, kann der Postulantin einige gute Argumente für die Tagesschule bescheinigen. Aber er befürchtet, dass massivste Kosten auf die Gemeinde zukommen werden. Ausserdem gebe es bereits ein Tagesheim für Kinder von Doppelverdieneren. Dies könne auch in Anspruch genommen werden. Daran zahle die Gemeinde bereits auch schon einen Teil der Kosten. Seine Fraktion habe Angst, dass es bei dem Postulat nicht nur beim „Prüfen“ bleibe, sondern dass der Gemeinderat dieses Thema bereits „aufgleisen“ wolle, so wie es bei der Tempo-30-Zone geschehen sei. Aus diesen Gründen lehnt seine Fraktion das Postulat ab.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, begrüsst das Postulat grundsätzlich. Der Zeitpunkt sei aber noch zu früh. Man solle zuerst die Einführung der Blockzeiten abwarten und beobachten, wie sich dies entwickelt. Ausserdem würden sich dann auch Prognosen über die Kosten erstellen lassen. Aus diesen Gründen sei ihre Fraktion für Ablehnung des Postulates.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion dem Postulat in der heute abgeänderten Form zustimmen werde. Man sei ganz klar der Meinung, dass sich die Struktur der Familie geändert habe. Das traditionelle Familienbild lasse sich nicht mehr aufrecht

erhalten. Die neuen Familienformen müssten auch Berücksichtigung finden. Blockzeiten und Mittagstisch habe man bereits eingeführt. Nun sei es an der Zeit, die Bedingungen einer Tagesschule zu prüfen. Es sei auch seiner Fraktion ein Anliegen, das klar aufgezeigt werde, welche Kosten entstehen und welche Infrastruktur notwendig wird. Nach Vorliegen des Berichtes könne der Einwohnerrat immer noch entscheiden, wie man weitermachen wolle. Darum sei die FDP-Fraktion klar für die Überweisung des Postulates.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, möchte als Postulantin noch auf das Votum von Bruno Steiger eingehen. Offenbar habe er noch ein sehr traditionelles Familienbild, bei dem der Mann arbeiten geht und die Mutter daheim bei den Kindern und im Haushalt ist. Dieses entspreche aber nicht mehr den Realitäten. Es gebe sehr viele Frauen, die nicht wegen ihrer Selbstverwirklichung arbeiteten, sondern weil die Familie auf das Geld angewiesen sei. Das bestehende Tagesheim decke eher das Angebot für die Kleinkinder ab. Für schulpflichtige Kinder sei eine Tagesschule sicher die bessere Lösung.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, erinnert daran, dass man bereits vor 16 Jahren im Einwohnerrat zwei Arbeitsgruppen gebildet hatte, welche die Möglichkeiten eines Mittagstisches und einer Tagesschule prüfen sollten. Familienergänzende Betreuung sei also schon immer ein Thema in Allschwil gewesen. Er hält den jetzigen Zeitpunkt für eine detaillierte Prüfung nicht für verfrüht.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass es immer häufiger vorkomme, dass Männer ihre Rolle als Familienvater betonen wollten und daher nur noch 80 Prozent arbeiten möchten. Dies gehe aber nur, wenn die Frauen auch mitarbeiten würden. Letztlich kommen DoppelverdienerInnen durch die höhere Steuerbelastung auch wieder Allschwil zugute.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, ist entsetzt, dass die CVP gegen das Postulat sei und dieses Votum auch dann auch noch von einer jungen Frau abgegeben werde. Es sei noch nicht lange her, dass eine gute Ausbildung den Frauen verwehrt blieb. Nun sei man auf dem guten Weg der Gleichberechtigung und den Frauen stehe eine gute Ausbildung offen. Wenn gut ausgebildete Frauen arbeiten möchten, so sollen sie auch die Möglichkeit dazu haben. Hierzu müsse man das passende Umfeld bieten.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, fragt, ob auch weiterhin die normale Schulform bestehen bleibe.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, bejaht dies.

Robert Richner, FDP-Fraktion, erinnert daran, dass auch viele KMU-Betriebe froh seien, wenn die Mütter keine allzu langen „Babypausen“ machen müssten. Je eher eine Frau wieder in das Berufsleben zurückkehre, desto weniger habe sie den beruflichen Anschluss verloren.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, präzisiert, dass die CVP nicht grundsätzlich gegen die Einführung einer Tagesschule sei. Man solle aber nur Schritt für Schritt vorgehen. Zur Zeit seien die Blockzeiten ein Thema, dann sei ein Tageskindergarten in Planung, etc. Jetzt auch noch die Tagesschule zu prüfen, sei zuviel.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, stimmt seiner Vorrednerin zu. Man werde nun im Februar erst einmal über die Blockzeiten abstimmen. Auch hier kämen neue Kosten von ca. CHF 300'000.— pro Jahr auf die Gemeinde zu. Bei der Tagesschule gehe es rein finanziell sicher um einen Betrag der um ein x-faches höher sein wird als bei den Blockzeiten. Ihn erstaune es, dass der Gemeinderat für die Überweisung des Postulates sei. Vor allem, weil der überwiegend bürgerliche Gemeinderat in letzter Zeit immer für das Sparen sei. Was ihn nicht erstaune, ist, dass das Postulat von der SP komme. Aber auch hier staune er über die Begründung des Postulates. Es gehe vor allem um die Förderung der Doppelverdiener. Dies in einer Zeit, wo das Hauptproblem immer noch die Arbeitslosigkeit sei. Für ihn sei dies ein Widerspruch, insbesondere, weil diese Idee von der politischen Linken komme. Ausserdem erstaune ihn auch

das Argument, dass Doppelverdiener mehr Steuern abliefern würden. Dies dürfe doch kein Argument für eine Tagesschule sein. Auch wenn sich die gesellschaftliche Entwicklung geändert habe, so habe man in der ganzen bisherigen Diskussion die Bedürfnisse der Kinder ausgelassen. Diese müssten im Vordergrund stehen. Im Übrigen sollten die Doppelverdiener dann auch in der Lage sein, nach dem Selbstverantwortungsprinzip, die Tagesschule selber zu finanzieren. Der Hauptgrund für die Einführung einer Tagesschule durch die Gemeinde müsse doch dort liegen, wo die Eltern aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit haben, ihre Kinder tagsüber zu betreuen. Auch für ihn sei es wichtig, die Entwicklung der umfassenden Blockzeiten abzuwarten. Man solle hier nicht schon wieder etwas Neues beginnen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund der Sparbemühungen.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, sieht es nicht als Aufgabe des Gemeinderates an, die Gründe für die Tagesschule dem Einwohnerrat vorzulegen. Er habe im Einwohnerrat die Haltung des Gemeinderates zu vertreten. Es sei seine Pflicht, die Punkte der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates zu verwirklichen. Der Gemeinderat will mit der Annahme des Postulates seiner familienpolitischen Verantwortung gerecht werden. Es gehe nicht nur um die Kinder, es gehe um die ganze Familie. Tagesschulen seien eine familienfördernde Institution. 44% der Akademikerinnen seien kinderlos. Dies sei ein Sachverhalt des Lebens. Finanzpolitische Aspekte sind aber nicht per se falsch. Es gebe in der Tat Studien, die besagen, dass pro investiertem Franken in die Tagesbetreuung 3 – 4 Franken an die Gesellschaft zurückfliessen. Davon fliessen ca. 1.60 Franken in die Steuerkasse.

Als Antwort an Dr. Guido Beretta: Es gehe bei der Tagesschule um eine neue Institution, welche zu den bisherigen Volksschulen dazu komme. Es sei eine Bildungsstätte mit den gleichen Vorgaben wie die üblichen Schulen, lediglich mit anderen Schulzeiten und einer höheren Bildungsqualität.

://:

Das Postulat von Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, betreffend Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe (1.-5. Klasse) wird mit 19:16 Stimmen überwiesen.

INFOFENSTER

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, informiert über die Deckensanierung im Hallenbad. Der Gemeinderat sei heute über die Schäden an der Decke im Detail und über die Sanierung informiert worden. Die Sanierung sei schon im Gange. Als Fachperson werde nun Walter Stammbach, HAL Hochbau/Raumplanung, anhand von Fotografien die Situation erläutern. Nebst den in die Wege geleiteten Sanierungsmassnahmen werde man eine detaillierte Untersuchung der Betonbeschaffenheit durchführen.

Walter Stammbach erläutert:

Am 23. Dezember 2005 habe der Bademeister festgestellt, dass sich die Decke im Hallenschwimmbad in der einen Ecke um ca. 1.5 cm gesenkt habe. Man habe dies sofort untersucht und repariert. Man habe darauf hin eine Spezialfirma beauftragt, die gesamte Decke zu prüfen und Massnahmen einzuleiten.

Die Deckenverkleidung bestehe aus Holztäfer, welche mit rostfreien Nägeln montiert sei. Die Nägel seien nicht korrodiert, würden aber nicht gut genug halten. Nun habe man die Nägel durch Schrauben ersetzt. In diesem Zusammenhang habe man auch die gesamte Tragkonstruktion der Decke geprüft. Die einzelnen Decken-Elemente seien aufeinander gelegt. Wenn sich ein Element löse, könne es einen „Domino-Effekt“ geben. Nun werde man jedes Element einzeln aufhängen, damit könne dieser Effekt verhindert werden. Die gesamte Decke werde nun doppelt gesichert. Durch die Schwingung der Decke (Hallenboden der Turnhalle

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, fragt sich nach diesen Ausführungen, ob er überhaupt noch im Wald sicher sei. Offenbar würden ja die potentiell gefährlichen Hunde dort frei herumlaufen. Er fragt sich, ob unter diesen Umständen sich der Hundesport nicht mal Gedanken um die Sicherheit machen soll. Wenn es offenbar möglich sei, dass Kinder nicht mehr ungefährdet im Wald umherspringen können, dann sei der Hundesport in der jetzigen Form dort am falschen Ort. Muss man jetzt damit rechnen, dass man als Spaziergänger von Hunden angefallen wird?

Peter Hauser, SVP-Fraktion, setzt sich für den Hundesport ein. Dieser habe Priorität. Er sage immer, wenn einer zu ihm auf den Hof komme, müsse er vor ihm und nicht vor den Hunden Angst haben. Er habe selber zwei Hunde. Kinder seien nicht darauf sensibilisiert, mit Hunden umzugehen. Man müsse doch aneinander vorbeikommen. Der Hundesportclub habe dort oben Priorität. Er hoffe nicht, dass etwas passiert. Die Eltern müssten auf ihre Kinder aufpassen.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass man die Ausführungen von Mario Bernasconi überprüfen solle. Vielleicht gebe es wirklich einen besseren Ort. Auch er befürchtet, dass spielende und schreiende Kinder neben dem Hundesportplatz ein Risiko darstellen. Man solle die Bedenken des Interpellanten Ernst nehmen. Ein Unfall wäre schon einer zuviel.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt sich, ob die Kinder aus der Stadt Basel kommen und wenn ja, warum diese nicht in die „Lange Erlen“ gehen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, hat nichts gegen eine naturnahe Erziehung. Er fragt sich dennoch, warum eine private Firma im Wald als sensiblem Gebiet einen Waldkindergarten betreiben will und warum der Bürgerrat und der Gemeinderat dafür seien. Für ihn brauche es keinen zusätzlichen Waldkindergarten. Man könne auch mit den bisherigen Kindergartenklassen den Wald besuchen. Er habe ausserdem Mühe, dass eine private Firma ihren Firmensitz in den Wald verlegt.

Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion, kann sich nicht vorstellen, dass sich der Verein „Waldschulkindergarten Basel“ nicht bereits vorher entsprechende Gedanken über den Standort gemacht haben soll. Vielleicht sei der Entscheid ja bewusst gefallen. Der Hundesportverein habe sicher mit dem Betreiber über die Situation diskutiert.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, hält sowohl Hunde als auch Kinder für unberechenbar in gewissen Situationen. Er möchte nicht dafür verantwortlich sein, wenn etwas passiert. Auch wenn die Hundebesitzer alles tun um Unfälle zu vermeiden; Hunde seien vor allem in der Gruppe unberechenbar.

Mario Bernasconi, SD-Fraktion, hält fest, dass die Diskussionen zwischen dem Betreiber und dem Hundesportverein nicht stattgefunden hätten. Mit ihm habe man nie Kontakt aufgenommen, auch nicht mit dem Vorstand. Er und der Vorstand würden ausdrücklich bestreiten, je eine Zusicherung abgegeben zu haben. Man habe lediglich einmal zugestimmt, dass man gegebenenfalls die Toiletten benutzen könne. Eine hundertprozentige Zusage sei nie erfolgt. Er schlage vor, dass man alle involvierten Parteien zusammenzieht und die Angelegenheit bespricht.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, präsentiert und zitiert ein Schreiben von Ch. Niederhauser an Frau Stilli, Waldschulkindergarten: ‚Sehr geehrte Frau Stilli. Wir haben an der letzten Vorstandssitzung beschlossen, dass der Waldkindergarten unsere WC-Anlagen benutzen kann. Zu gegebener Zeit können wir uns gerne treffen und die Bedingungen aushandeln. Mit freundlichen Grüßen Ch. Niederhauser.‘ Soviel zu den Aussagen von Mario Bernasconi über die Zusagen des Vorstandes.

Für die Gemeinde sei es nur wichtig, dass überhaupt WC-Anlagen vorhanden seien. Wo und welche Anlagen dies seien, schreibe der Gemeinderat nicht vor.

Zur Sicherheit: Wenn Unfälle mit Hunden passieren, dann würden sie überall im Wald passieren, aber nicht beim Hundesport. Er vertraue darauf, dass im Bereich des Hundeplatzes nichts passiere. Aber eine absolute Sicherheit gebe es natürlich nirgends. Der Kindergarten sei aber sicher dort an der richtigen Stelle. Gemäss Waldentwicklungsplan dürfe man gerade im Bereich des Hundeplatzes Aktivitäten betreiben: Dies sei sinnvoll, um andere Waldzonen vor einer Übernutzung zu schützen.

Eine Naturbildung sei für die Kinder wichtig. Diese Aufgabe könne der Waldkindergarten erfüllen. Der privat betriebene Waldkindergarten stehe allen Kindern, aus der Stadt und der Region, offen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, erläutere noch den Sicherheitsaspekt. Es handle sich um 10 bis 16 Kinder welche von drei Personen (1 Kindergärtnerin, 2 Praktikanten) beaufsichtigt würden. Der Standort des Kindergartens ist nicht direkt neben dem Hundeplatz, aber in der Nähe. Mit den Toiletten selbst habe der Gemeinderat nichts zu tun. Lediglich der Nachweis einer Toilettenbenutzung sei eine der Voraussetzungen für die Bewilligung. Die Zusammensetzung der Kindergartenklassen richte sich nach Angebot und Nachfrage. Der Gemeinderat habe lediglich die Benutzung des Waldes als Oberaufsichtsbehörde zu bewilligen. Alle erforderlichen Nachweise konnte der Verein „Waldkindergarten“ beibringen. Daher war die Bewilligung letztlich ein formeller Akt und nicht zu verweigern.

://:

Die Interpellation wird als erledigt abgeschrieben.

161 01.030 Einwohnerrat
11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**13. Interpellation von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2005
betreffend Schulhaus Bettenacker Geschäft 3644**

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erinnere daran, dass ein grosser Teil der Fragen bereits im Zusammenhang mit der Budgetberatung diskutiert wurde. Im Schulhaus habe man in der Tat Rostwasser festgestellt. Man habe dann das Wasser geprüft und konnte den Ursprung des Rostwassers auf die Leitungen im Schulhaus zurückführen. Das Schulhaus Bettenacker sei bekanntermassen dasjenige, welches am dringendsten einer Sanierung unterzogen werden müsse. Die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt habe dann die Empfehlung abgegeben, dass man die Leitungen mehrfach durchspülen solle und dies auch regelmässig wiederholen müsse. Der Wasserdruck sei einwandfrei.

Die Sicherheit der Turnhallendecke werde regelmässig überprüft. Die Hauswarte hätten klare Anweisungen, die Decken immer wieder zu kontrollieren. Dies habe sich nun im Fall des Hallenbades bewährt. Zudem prüft die Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung im Zusammenhang mit dem Budgetierungsprozess selber immer wieder allfällig notwendige Massnahmen.

Die Pausenhöfe vom Schulhaus Bettenacker stünden selbstverständlich den Kindern in vielfältiger Art zur Verfügung. Es gebe eine Rutschbahn, einen Kletterbaum, zwei Fussballtore und eine Tischtennisplatte. Jährlich könne die Lehrerschaft neue Ideen zur Schulhofgestaltung anlässlich der Budgetrundgänge eingeben. Diese würden nach Möglichkeit berücksichtigt. Man habe vor ein paar Jahren den Pausenhof vom Schulzentrum umgestaltet, dies in Zusammenarbeit mit einer eigens eingesetzten Arbeitsgruppe.

Zum Thema „Rasenfelder“: Zur Zeit gebe es einzelne abgesperrte Rasenflächen, welche massiv geschädigt sind. Diese wolle man im Moment schonen. Ausserdem soll damit verhindert

werden, dass die Kinder den Lehm und Dreck in die Schulhäuser tragen. Dieses Vorgehen sei mit der Lehrerschaft abgesprochen worden. Die Sperrung solle bis Ende März dauern.

Weiter gebe es ein Gebiet, auf dem die Rasenflächen eingezäunt sind. Hier gehe es darum, dass die Fussball spielenden Kinder nicht immer den Ball vom Rasen holen müssten und der im Spielfeld bleibe.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, beantwortet die vierte Frage betreffend Raucherzimmer. Das Raucherzimmer sei keine eigentliche Neuerung. Man habe bereits vor acht Jahren beschlossen, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr im Lehrerzimmer rauchen dürften. Darauf hin sei ein Raucher-Raum gesucht worden. Dies sei bis zur Einführung des neuen Bildungsgesetzes in einem separaten Raum möglich gewesen. Diesen Raum habe man dann aber gebraucht und zu einem Büro umgestaltet. Die rauchenden Lehrerinnen und Lehrer hätten daraufhin in eigener Initiative und auf eigene Kosten einen Raum im Keller (ohne Fenster) eingerichtet. Auch die Möblierung sei auf eigene Kosten durchgeführt worden. In diesem Raum seien ausschliesslich Lehrkräfte zugelassen. Durchschnittlich 6 bis 8 Lehrkräfte würden das Raucherzimmer frequentieren. Kosten seien der Gemeinde nicht entstanden.

Die Frage nach der Vereinbarkeit eines Rauchzimmers mit der rauchfreien Zone des ganzen Schulareals beantwortet er wie folgt: es gebe ein klares Konzept des Gemeinderates für alkohol- und rauchfreie Schulhausareale. Darin gebe es aber auch Ausnahmen. Die Gruppe 3 beinhalte Lehrer und Lehrerinnen. Dort steht: "Der Konsum von Alkohol ist gestattet. Das Rauchen ist nur in speziell gezeichneten Räumen gestattet. Es sei Realität, dass geraucht werde. Unter dem Gesichtspunkt, dass die Jugendlichen vor den schädlichen Folgen des Rauchens geschützt werden sollen, dafür stehe das Konzept. Die Jugendlichen hätten weder Sicht in das Raucherzimmer noch Zugang zu diesem. Daher erachte der Gemeinderat dies als vertretbar.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, verlangt die Diskussion.

://:

Die Diskussion wird mit grossem Mehr beschlossen.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, muss feststellen, dass die Sanierung des Schulhauses seit Jahren fällig sei, man habe dies aber immer wieder hinausgeschoben. Es treffe zwar zu, dass man zur Zeit an einigen Stellen Verbesserungen anstrebe, aber gesamthaft sehe es schlecht aus. Bezüglich des Pausenhofes sehe er noch mehr Potential. Es sei schwierig für die Kinder, sich auf dem Platz neue Energien für die Schule zu holen, sich kreativ zu beschäftigen. Im Gegenteil: es stehe ein Auto, ein Töff und ein Anhänger auf dem Schulhofplatz. Dies sei Missbrauch des Platzes. In den Schulzimmern hängen die Tapeten von den Wänden. In den sanitären Anlagen befänden sich Pilze in den Fugen. Er verlange vom Gemeinderat, dass endlich gehandelt werde. Das Schulhaus sei kein Aushängeschild für die Gemeinde.

Josua Studer, SVP-Fraktion, hält die Diskussion eigentlich für langweilig. Ihn störe, dass die Lehrer und Lehrerinnen mit ihrem Raucherzimmer quasi einen Sonderstatus innerhalb der rauchfreien Zone hätten. Habe man sich da etwa den Lehrern angepasst. Seiner Ansicht nach seien die Lehrer schlechte Vorbilder. Wenn das Schulhaus schon in einem solch schlechten Zustand sei, dann hätte man lieber dort anpacken sollen anstatt ein Raucherzimmer einzurichten.

://:

Die Interpellation ist beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

Die 2. Vize-Präsidentin bedankt sich für die wohlwollende Unterstützung und beendet die Sitzung.